

**Rede  
des polizeipolitischen Sprechers**

**Karsten Becker, MdL**

zu TOP Nr. 42

Erste Beratung

**Nutzung von Kapazitäten der Bundeswehr zur  
Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger  
Migranten**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/4479

während der Plenarsitzung vom 13.09.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

die AfD beklagt mit ihrem Antrag stagnierende Abschiebezahlen und möchte die Effektivität von Abschiebemaßnahmen erhöhen, indem Versorgungsflüge der Bundeswehr zum Transport vollziehbar ausreisepflichtiger Personen genutzt werden.

Anrede,

dieses Ansinnen ist hochproblematisch. Und das aus mehreren Gründen:

Zunächst einmal können die vorgeblichen Ziele mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht werden. Der Mehrzahl der nicht vollziehbaren Abschiebungen liegen nämlich andere Ursachen zugrunde als nicht verfügbare oder verweigerte Flugmöglichkeiten in Linien- oder Chartermaschinen. Wesentliche Hemmnisse sind die mangelnde Reisefähigkeit der Passagiere, fehlende Passersatzpapiere, oder entgegenstehende gerichtliche Entscheidungen.

Anrede,

um diese vorgeblichen Ziele geht es der AfD aber auch überhaupt nicht. Und darum will ich es auch kurz machen.

Angesichts der inhaltlichen Substanzfreiheit und der moralischen Fragwürdigkeit der eigentlichen Intentionen des Antrags halte ich es auch für kaum zu rechtfertigen, die Zeit des Plenums über Gebühr zu beanspruchen.

Anrede,

die AfD schlägt mit diesem Antrag unter dem Deckmantel scheinbaren Pragmatismus' eine Schneise in die in unserem Grundgesetz verfasste Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Polizei und Bundeswehr für die innere bzw. äußere Sicherheit.

Um es klar zu sagen: Der von der AfD vorgeschlagene Einsatz von Streitkräften der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Abschiebung ausreisepflichtiger Personen ist von unserer Verfassung nicht gedeckt. Ob Sie, meine Damen und Herren von der AfD, damit größere politische Vorhaben zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorbereiten möchten, weiß ich nicht. Dass Sie hier aber ganz gezielt ein Bild zu zeichnen versuchen, in dem Militärkräfte der Bundeswehr im Kontext von gegen Migranten gerichteten Vollzugshandlungen gezeigt werden sollen, und dass Sie damit den von Ihnen ja dauerhaft propagierten Anschein einer prinzipiellen Gefährlichkeit von Menschen anderer Hautfarbe, Kultur oder Religion weiter verfestigen möchten, dessen bin ich mir sicher!

Anrede,

als Landesparlament sind wir zwar nicht für die Verteidigungspolitik zuständig. Aber als Demokraten sollen wir hier trotzdem sehr deutlich machen, dass wir unsere Bundeswehr zu solchem Polit-Populismus nicht missbrauchen lassen.